



KOMMENTAR

Jürgen Gruler sieht im
Generationswechsel neue
Möglichkeiten

Die Gräben wachsen zu

Es war im Februar 2003, als ich ins Dienstzimmer des damaligen Oberbürgermeisters Bernd Kappenstein gebeten wurde. Auf der Couch saßen die Fraktionsvorsitzenden aus dem Gemeinderat zur Vorbereitung der nächsten Sitzung. Nur einer fehlte: der SWF-Fraktionschef Bernd Kober.

Der neue SZ-Chefredakteur sollte erklären, warum man denn schon vor der Gemeinderatssitzung Erklärungen vom SWF abdrucke, die zu bestimmten Themen Stellung nehmen und dabei durchaus sehr kritisch mit den Verwaltungsvorlagen ins Gericht gingen. Mir wurde der dringende Rat gegeben, das doch künftig nicht mehr zu tun. Ich gab den Anwesenden den Rat, doch selbst auch etwas zu den Themen zu sagen, damit in der Stadt eine ausgewogene Diskussionskultur entstehen kann.

In den Gemeinderatssitzungen merkte man manch einer Wortmeldung an, wie tief doch der Graben zwischen der CDU, den Freien Wählern, manchmal auch der SPD zusammen auf der Seite des OB und den revolutionären Zellen von SWF und den damals neu etablierten Grünen auf der anderen Seite war. Auch mit persönlichen Vorhaltungen wurde da nicht gespart. Für uns Journalisten sprang da manch eine gute Schlagzeile heraus.

Das Ganze gipfelte in der Wahl von Bernd Junker zum Oberbürgermeister. Der SWF-Kandidat setzte sich gegen den Amtsinhaber der CDU durch – nahezu ungläublich. Nur fehlte Junker die Mehrheit im Rat und am Ende waren die Wunden auf allen Seiten tief und erst nach dem freiwilligen Rückzug Junkers und der Wahl des unabhängigen Nachfolgers Pöhl und mit dem folgenden Generationswechsel in allen Fraktionen und Parteien, kehrte eine gute Arbeitsatmosphäre in den Gemeinderat zurück.

Es hat alles seine Zeit. Vorwärts geht es in einer Stadt, wenn konstruktiv an Lösungen gearbeitet wird. Allerdings muss immer klar gemacht werden, dass der Gemeinderat kein Abnickorgan für die Verwaltung ist, dass er die Kosten im Blick behält, Beamten und Angestellten auf die Fingerschau, dass er sich weniger mit sich selbst als mit den Sorgen der Menschen beschäftigt und dass er Wahlziele auch verwirklicht. Eine starke Freie-Wähler-Fraktion kann den Bürgerwillen bündeln und durchsetzen – auch mit dem Blick nach Rechtsaußen.